

denn es wird schwierig sein, jemanden von so großer persönlicher Ausstrahlungskraft zu finden, wenn sein Konservatismus und Nationalkatholizismus auch manchmal kritisiert werden. Bedingt durch die besondere Situation und die Tatsache, daß Wyszyński Polens Kirche fast seit Beginn der kommunistischen Herrschaft mit besonderen päpstlichen Vollmachten führt, hat er für die Gläubigen eine größere und unmittelbare Autorität als der ferne Papst in Rom.

Während seiner Krankheit führte der

Erzbischof von Krakau, Kardinal Wojtyła, den Vorsitz in der Bischofskonferenz. Das würde er auch im Falle des Todes von Wyszyński tun. Er gilt neueren theologischen Tendenzen gegenüber als aufgeschlossener als Wyszyński. Dem Staat gegenüber ist er in letzter Zeit oft sehr viel schärfer aufgetreten als Wyszyński.

Das Amt des Primas ist traditionsgemäß an die Diözese Gnesen gebunden. Wyszyński ist Erzbischof von Gnesen und Warschau. Sein Vorgänger Kardinal Hlond war zunächst in Personal-

union Erzbischof von Posen und Gnesen und übernahm erst 1946 Warschau und Gnesen. Theoretisch denkbar wäre also, daß man eine Personalunion Krakau/Gnesen schafft, so daß Wojtyła auch Primas werden könnte. Das wird jedoch für nicht allzu wahrscheinlich gehalten. Sicher scheint, daß eine Vakanz im Amt des Primas von Polen erhebliches Tauziehen zwischen Staat und Kirche bringen würde. Die Lösung könnte in der Entsendung eines der zur Zeit im Vatikan tätigen polnischen Bischöfe liegen. R. M.

Gesellschaftliche und politische Entwicklungen

Berlinguer und der Bischof

Ein offener Briefwechsel und die Diskussion, die er auslöste

Am 6. Juli 1976, wenige Wochen also nach den letzten italienischen Parlamentswahlen, die den Kommunisten weiteren Stimmenzuwachs brachten, die Christdemokraten aber als stärkste Partei eindeutig bestätigten und zu der gegenwärtigen, von allen Parteien des Verfassungsbogens unter Einschluß der Kommunisten durch „Nichtmißtrauen“ getragenen christlich-demokratischen Alleinregierung *Giulio Andreottis* geführt haben, schrieb Bischof *Luigi Bettazzi* von Ivrea einen Brief an *Enrico Berlinguer* und veröffentlichte diesen in der Kirchenzeitung seiner Diözese (vgl. *Il Regno*, 1. 10. 1976). Der Bischof der piemontesischen Olivetti-Stadt, der während des Konzils drei Jahre Weihbischof Kardinal Lercaros im roten Bologna war und während der Kirchenversammlung selbst durch eine Reihe mutiger und durchaus realistischer Vorschläge zu Reformen im strukturellen Bereich der Kirche hervorgetreten war, richtete darin „per amor di dialogo“, verpackt in viel Wohlwollen und teils wohl auch in echter Naivität, ermunternde Fragen an den Chef der KPI über deren ideologische Verfaßtheit, ihre tatsächliche und angestrebte Entwicklung und ihr Verhältnis zur Religion bzw. zur katholischen Kirche.

Hatte der Brief Bettazzis seinerzeit über die interessierten Kreise hinaus kaum Aufsehen erregt, so tat es die ihm jetzt in Form einer Grundsatzklärung gegebene und sehr grundsätzlich gehaltene Antwort Berlinguers vom 7. 10. 1977 (wiederum in Form eines offenen Briefes, in der kommunistischen Zeitschrift *Rinascita*, 13. 10. 1977) um so mehr. Hatte man seinerzeit bei dem Brief Bettazzis schon

gerätselt, was diesen eigentlich veranlaßt habe, als Bischof einer relativ kleinen Diözese mit gewiß starken sozialen Spannungen sich direkt an den kommunistischen Chef zu wenden, so gab auch in der Antwort Berlinguers nicht nur deren Inhalt, sondern auch der Zeitpunkt, zu dem sie erfolgte, zu Spekulationen Anlaß, nachdem der Angesprochene zunächst nur in privater Form geantwortet hatte. Schwer zu erklären sind allerdings beide Vorgänge bzw. Zeitpunkte nicht. Wie erinnerlich, hatten bei den letzten Parlamentswahlen eine Reihe von bekannten und kirchlich durchaus angesehenen Katholiken auf der Liste der kommunistischen Partei als Unabhängige kandidiert. Bettazzi stand einer Reihe von ihnen persönlich nahe. Es war klar, daß er nicht nur, was sicher seine erste Absicht war, an einer grundsätzlichen Klärung des Verhältnisses von Kirche und kommunistischer Partei bzw. an deren Lösung von Atheismus und politischem Totalitarismus interessiert war, sondern daß er indirekt mit dem Schreiben auch den in der kommunistischen Partei engagierten Katholiken durch Appell an die KPI zu weiterem ideologischem Wandel eine Stütze sein wollte. Umgekehrt hatte die kommunistische Parteiführung gerade jetzt besonderen Anlaß, den Kontakt mit der katholischen Seite zu suchen, da zum einen die Unruhe im Innern der Partei zu wachsen scheint, zum anderen trotz des konsequenten Fortschreitens auf dem Wege zum historischen Kompromiß der Zenit der Partei vorläufig überschritten sein dürfte und, wie Umfragen ergeben, die Partei in der Volksmeinung eher wieder im Sinken ist.

Darüber hinaus hatte der Bischof seinen Brief gewiß auch als den Akt eines öffentlichen Moralisten verstanden, der als Mann der Kirche den Parteien ins Gewissen redet und sie auf ihre Widersprüche zwischen Theorie und Praxis aufmerksam macht. In diesem Sinne hatte Bettazzi bereits geraume Zeit vor den Parlamentswahlen an DC-Chef *Benigno Zaccagnini* einen ähnlichen Brief gerichtet, in dem er diesen aufgefordert hatte, für mehr „Kohärenz“ innerhalb der Partei und für mehr christliche Glaubwürdigkeit in der Gestaltung der praktischen Politik zu sorgen.

Die Fragen Bettazzis

Die Fragen Bettazzis waren von durchaus kniffliger Natur. Er sprach den KP-Chef auf die Sorgen in der „bürgerlichen“ und „katholischen“ Welt über den Wahlerfolg der Kommunisten an und gab die Sorgen dieser „Welt“ über die „marxistische Inspiration“ der kommunistischen Partei wieder, die auf der einen Seite verbunden sei mit Materialismus und Atheismus und auf der anderen Seite sich zu häufig Diktaturen und Gewaltanwendungen, auch Antireligiösem geöffnet habe. Es gäbe, so meinte der Bischof, „unter Euch“ überzeugte Marxisten, sicher auch Opportunisten, aber er denke in erster Linie an jene, „die für Euch gestimmt haben, aber Eure Sicht des Lebens und der Geschichte entweder nicht kennen oder nicht teilen und die die konkreten Formen übersehen, nach denen Kommunisten in anderen Teilen der Welt regieren, dafür aber die konkrete und bestimmende Wirksamkeit Eures Kampfes für alle sozialen Errungenschaften während der letzten Jahrzehnte schätzen“. Darunter seien vor allem Arbeiter, Emigranten (gemeint ist die inneritalienische Süd-Nord-Wanderung) und Angehörige von Randgruppen. Er denke aber vor allem an die, die kommunistisch gewählt haben und Christen sind und die „nicht die Absicht haben, auf ihren religiösen Glauben zu verzichten, ja die – vielleicht wegen des ‚Ungehorsams‘ gegenüber der Hierarchie leidend – denken, sie könnten so eine gerechtere, solidarischere, mehr Teilhabe schaffende und deshalb christlichere Gesellschaft fordern“.

Es gebe zwar Gelehrte, die den Weltanschauungscharakter des marxistischen Materialismus abschwächen möchten. Sie erklärten diesen weniger als Atheismus denn als notwendige Hervorhebung der materiellen Wirklichkeit und der gesellschaftlichen Prozesse gegen einen zwiespältigen Spiritualismus, der angab, die höchsten Werte retten zu wollen, aber die Geschichte dem Spiel der besonders Mächtigen und der besonders Schläuen überlassen habe. Diese „Gelehrten“ meinten, der Atheismus der Kommunisten könne sich so reduzieren auf die Ablehnung gewiß besonders oberflächlicher und häufig individualistischer oder militaristischer, leicht instrumentalisierbarer Formen von Religiosität und gebe umgekehrt den Weg frei zu einem tieferen, lebensnaheren und gemeinschaftsförmigeren, also auch authentischer evangelischen Glauben. Die gleichen Leute, Historiker und Soziologen, würden die Gewalt innerhalb des kommunistischen Systems erklären

als eine explosive Reaktion auf unterdrückerische und ihrerseits nicht weniger gewalttätige Strukturen, mit denen sich gewisse Kirchen kompromittiert hätten.

Der „onorevole“ könne sich sicher vorstellen, daß jemand, der in einer demokratischen Gesellschaft lebe und um den Rückfall von Revolutionen in bürokratische und von neuem konservative Strukturen wisse, solche Argumente nicht ohne weiteres akzeptieren könne. Mehr angezogen sei man von den auch bei internationalen Auftritten öffentlich bestätigten Versuchen (der italienischen Kommunisten), eine originäre Kommunismuserfahrung realisieren zu wollen, die sich von Kommunismen anderer Länder unterscheidet. Er hege die Hoffnung, daß dieser Vorgang zu weiterem Umdenken in der Partei beitrage und daß zum sozialen Engagement der Partei auch die pluralistische und demokratische Glaubwürdigkeit trete. Dabei spielte Bettazzi dem KP-Chef den Ball aus „*Pacem in terris*“ (Nr. 158) zu, wo Johannes XXIII. bekanntlich dazu aufforderte, „bestimmte Bewegungen, die sich mit wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Fragen der Politik befassen, zu unterscheiden von falschen philosophischen Lehrmeinungen über das Wesen, den Ursprung und das Ziel der Welt des Menschen, auch wenn diese Bewegungen aus solchen Lehrmeinungen entstanden und von ihnen angeregt sind“. Während die in ein System gefaßte und endgültig niedergelegte Weltanschauung nicht mehr geändert werden könne, unterlägen Bewegungen dort, wo sie sich mit den je und je sich wandelnden Verhältnissen befassen, doch notwendigerweise diesen Veränderungen. Gerade ein solches Umdenken, das ist die Sinnspitze des ganzen Briefes, wollte der Bischof von Ivrea der KPI offenbar zumuten.

Um den inneren Widerspruch in der Partei zwischen Absichtserklärung und Realität nochmals sichtbar zu machen, wies er dabei nochmals auf die wenig ermunternden „ausländischen“ Erfahrungen hin. In allzu vielen Ländern werde der legitime Versuch einer sozialistischen Erneuerung einer Gemeinschaft begleitet von gewaltsamen Exzessen der Unterdrückung allzu vieler Freiheiten, einschließlich der religiösen Freiheit, bis hin zur Bedrohung der physischen Existenz. Beim Vorführen von Beispielen machte er freilich noch einmal eine „*captatio benevolentiae*“, indem er den ganzen Sowjetbereich aussparte, sich allein auf Indochina bezog und dort Kambodscha als besonders negatives Beispiel hinstellte, während in Vietnam „der soziale Erneuerungsprozeß“ die Grundfreiheiten und mit ihnen die Religionsfreiheit mehr respektiere. Eine Feststellung, die schon Mitte 1976 nur nach einem sehr groben Muster der Wirklichkeit bzw. dem damals möglichen Informationsstand entsprochen hat.

Die Antworten Berlinguers

In seiner Antwort vom 7. Oktober geht Berlinguer vor allem auf drei Komplexe ein: 1. auf das Verhältnis von KPI und Marxismus bzw. Atheismus, 2. bedeutend weniger

ausführlich auf den Typus von Staat und Gesellschaft, den die KPI erklärtermaßen anstrebe, und 3. auf das besondere Problem, das schon seit längerer Zeit zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen kirchlichen Stellen und kommunistischer Partei, vor allem an deren Basis, geführt habe, das Bettazzi selbst aber nur am Rande angedeutet hatte, die Frage nämlich, wieweit die Kommunisten dort, wo sie kommunal oder regional in Italien selbst politische Macht ausüben, im Schul- und Sozialbereich einen echten Pluralismus und die Einrichtungen der Kirche innerhalb eines solchen Pluralismus respektieren oder nicht.

Zum ersten bezog sich Berlinguer auf Artikel 2 des Statuts. Demnach „können sich Bürger bei der KPI einschreiben, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und unabhängig von der Rasse, vom religiösen Glauben und von der philosophischen Überzeugung das politische Programm der Partei akzeptieren und für seine Verwirklichung arbeiten wollen ...“ Daraus leitet Berlinguer als historische Bilanz eine Partei ab, die, auch wenn sie einige entscheidende Charaktereigenschaften ihrer Ursprünge erhalten und entwickelt habe, eine „neue“ Partei sei, für die er in Anspruch nimmt, nicht nur Klassen-, sondern auch Massen- und Volkspartei zu sein. Vom gleichen Grundsatz leitet er auch die Fähigkeit her, „demokratische Allianzen“ herzustellen und eine „transformatorische Einheit mit sozialen, politischen und ideellen Kräften“ einzugehen, die von der Partei selbst verschieden sind. Die KPI sei eine vielförmig-unitarische, aber keine integralistische Partei.

Die Frage, ob die KPI „als solche, nämlich qua Partei“, als politische Organisation sich ausdrücklich zur marxistischen Ideologie als materialistisch-atheistische Philosophie bekennt, beantwortet Berlinguer, gestützt auf den Artikel 2 des Statuts, ebenfalls mit Nein. Allerdings schränkt er dialektisch ein: das könne nicht bedeuten, daß die programmatische Ausrichtung der Partei, die Wahl der Ziele und die Weckung der Kräfte für die fortschreitende Umformung der Gesellschaft rein empirisch, rein „praktizistisch“ vor sich gehe, „ohne jede Verbindung mit den Prinzipien, ohne wissenschaftliche Analyse der Gesellschaft und der geschichtlichen Entwicklung, ohne jede ideelle Inspiration“. Er verteidigte ausdrücklich die marxistische Analyse als Erbe: Ohne einen Marxismus, verstanden und angewandt als kritische Lehre, aber nicht hingenommen als ein unveränderlicher Text, seien, so meint Berlinguer, nicht nur die gegenwärtigen Positionen der Partei unerklärlich, sondern auch ihre organisatorische Kraft und das Ausmaß an Wählerzustimmung: im Klartext also Bekenntnis zum Pluralismus und zur marxistischen Einheitsideologie zugleich.

Praxis und Lehre zusammen machen für Berlinguer offensichtlich das Gewicht und den Erfolg der Partei aus. Er begründet das mit dem bekannten marxistischen Grundsatz, nach dem der „wirklich geschichtliche und soziale Prozeß ohne Zweifel von den Ideen (und auch von den Ideologien) beeinflusst ist, in dem aber Ideen und Ideologien konditioniert werden durch die realen Bewegungen, bis sie de facto modifiziert werden und im Rahmen einer organischen Entwicklung neue Bedeutungen und neue

Formen annehmen“. Deutlich streckt Berlinguer schon innerhalb dieser grundsätzlichen Erläuterung die Hände nach den Katholiken aus. Die von der Partei heute erreichten Ergebnisse seien nicht allein Frucht einer streng laikalen und streng zusammenhängenden unitarischen Politik. Im Rahmen dieser Politik seien sie auch der Erfolg des spezifischen Profils, das die Partei seit Gramsci den Beziehungen zu den Katholiken gegeben habe. Berlinguer erinnert in diesem Zusammenhang an Togliatti. Er zitiert ausführlich aus dessen Rede vom Dezember 1962, in der dieser die Katholiken unter Überwindung von Sektierergeist und Exkommunikationen von beiden Seiten zur Mitarbeit aufforderte mit dem Hinweis, daß der religiöse Mensch nicht nur im Sozialismus mitarbeiten könne, sondern in diesem ein Stimulans für sein religiöses Engagement angesichts der dramatischen Probleme der Gegenwartswelt finden könne. Auch das Prinzip der religiösen Rechte sei schon damals anerkannt worden. Das ist nach Berlinguer Beweis genug für eine seit je angestrebte „Politik des Verstehens und der Zusammenarbeit mit den katholischen Volksmassen“, die man bereits zu einer Zeit gewollt habe, als mitten im kalten Krieg die Verantwortlichen der christlich-demokratischen Partei, aber auch Organisationen und Autoritäten in der katholischen Welt noch den „ungehemmtesten Antikommunismus“ gepredigt hätten.

Den Ball, den Bischof Bettazzi zugespielt hatte, greift Berlinguer offenbar mit Vergnügen auf. Die Kandidatur katholischer Christen auf der Liste der Kommunisten wird so unter der Hand nicht nur zu einem Beispiel für mögliche Zusammenarbeit, sondern geradezu zum Beweis für den pluralistischen und „laikalen“ Charakter der Partei. Auch das vorhin erwähnte Zitat Johannes' XXIII. greift Berlinguer als einen Ausdruck „voller Verständnis für die fundamentale Positivität der Geschichte“ auf, spitzt den Bezug aber nochmals besonders auf das Verhältnis zu den Katholiken zu, indem er die weitere Passage aus „Pacem in terris“ zitiert, in der Johannes XXIII. darauf hinweist, daß die Begegnung zwischen Gläubigen und Ungläubigen in den verschiedenen Bereichen der weltlichen Ordnung Gelegenheit sein kann, die Wahrheit (besser) zu entdecken und ihr die Ehre zu geben. Dem „signor Vescovo“ müsse so deutlich werden, daß die seit Jahrzehnten eingenommenen Positionen und Verhaltensweisen der KPI in ihrer Gesamtheit „eine gültige Garantie dafür darstellen, daß in der italienischen kommunistischen Partei der Wille existiert und am Werke ist, hier in Italien eine laikale und demokratische Partei aufzubauen und am Leben zu erhalten, die als solche nicht theistisch, atheistisch und nicht antitheistisch ist, und als direkte Folge auch einen laikalen und demokratischen Staat, der seinerseits weder theistisch, atheistisch noch antitheistisch ist“.

Bekenntnis zum laikalen Staat

Damit streift Berlinguer den zweiten Punkt, die Frage, welchen Staat und welche Gesellschaft die Kommunisten

wollen. Er behauptet nicht nur das prinzipielle Ja zum laikalen und demokratischen Staat als Folge der Konzeption der Partei selbst, sondern nimmt auch historische Rechtfertigungsgründe für sich in Anspruch. Der Staat der Kommunisten, den diese mit aufgebaut hätten, sei der Staat der Resistenza und der Verfassung, der ein demokratischer Staat ist vor allem aufgrund der beispiellosen Breite sozialer Kräfte, die seine Grundlage bilden. Dieser Staat sei entstanden als Folge des vollen Eintritts in das politische nationale Leben der proletarisch-bäuerlichen Volksmassen mit kommunistischer, sozialistischer oder katholischer Orientierung. Aufgrund dieser Herkunft könne der Staat nur ein laikaler, also kein ideologischer Staat sein. Nur als im vollen Sinn laikaler Staat könne er mit voller Prägnanz seine wahre und ursprünglich demokratische Natur zum Ausdruck bringen. Dieser Staat sei letzten Endes auch zugleich die Grundlage für das Verhältnis der Kommunisten und der Katholiken in diesem Staat.

Daß Berlinguer trotz aller Differenzierung in seiner Antwort auch hier keine neuen Wege weist, zeigt, daß er auch an dieser Stelle einen Text von Luigi Longo auf einem schon gut zehn Jahre (1966) zurückliegenden Parteitag zitiert, wo dieser erste Nachfolger Togliattis ausdrücklich bekräftigt hatte, die Kommunisten seien gegen den Staatsatheismus und „für den absoluten Respekt der religiösen Freiheit, der Freiheit des Gewissens für Glaubende und Nichtglaubende, für Christen und Nichtchristen“. Togliatti hebt sich von den Sowjets ab, indem er einräumt, daß aus dem Sozialismus Staaten hervorgegangen seien, die aufgrund des Einflusses bestimmter theoretischer Traditionen und geschichtlicher Bedingungen praktisch zu Diskriminierungen, auch schweren, auf der Grundlage ideologischer Kriterien geführt hätten. Aus dieser Situation würde man aber langsam, wenn auch unter Schwierigkeiten herausfinden, auch wenn es in einigen osteuropäischen Ländern jetzt noch Zeichen ideologischer Intoleranz gebe. Wie diese Abhebung aber in Wirklichkeit zu bewerten ist, zeigt Berlinguer mit Vergleichsmaterial zu westlichen Ländern. Er wirft der Bundesrepublik vor, hier würde Gesetzgebung „auf der Grundlage offener ideologischer Vorurteile“ betrieben. In bezug auf Italien erwähnt er zum Vergleich das Konkordat von 1929, das die katholische Religion noch als Staatsreligion betrachte und dem eine tiefgreifende Änderung noch nicht gelungen sei.

Entschieden zurückgewiesen wird als dritter Punkt der Verdacht, die kommunistische Partei verdränge dort, wo sie in Gemeinden und Regionen selbst Macht ausübe, die Kirche aus der Öffentlichkeit, bedränge oder unterdrücke ihre Tätigkeit im Schul- und Sozialsektor. Es liege der Partei fern, die katholischen Einrichtungen in diesem Bereich als „Feindinnen“ zu behandeln. Die Befürchtungen der Kirche können sich hier nur auf die Tatsache gründen, daß die Ausdehnung der lokalen Verwaltungen im Bereich der Kindergärten, des Schulwesens und des Gesundheitsdienstes „objektiv“ Schwierigkeiten für die privaten Einrichtungen, religiöse und laikale, geschaffen habe. Die KPI vertrete nicht den „kalten Etatismus“ gewisser französi-

scher Minister des vorigen Jahrhunderts. Die Katholiken und ihre Organisationen sollten aber begreifen, daß es nicht ihre Aufgabe ist, sich bloß als eifersüchtige Bewacher ihrer Einrichtungen auszuweisen. Sie sollten sich vor allem für das gute Funktionieren und die ökonomische Strenge in den grundlegenden Diensten einer demokratischen Gesellschaft einsetzen.

Gerade in diesem Punkt wird ein Pferdefuß sichtbar, der in der üblichen Berichterstattung in den Tageszeitungen über den Brief Berlinguers vielfach übersehen wurde. Es zeigt sich, daß die KPI durchaus ein anderes Verständnis von demokratischer und pluralistischer Gesellschaft hat, als es von westlichen Demokraten vertreten wird. Berlinguer unterscheidet – durchaus polemisch – zwischen dem demokratischen und dem liberal-bourgeois Staat. Ersterer könne nicht nach den Maßstäben des letzteren gemessen werden. Der liberal-bourgeois ist elitär-oligarchisch, nur der letztere ist demokratisch und pluralistisch. Dieser Staat – so Berlinguer – würde sich selbst aufgeben, wenn er nicht in der größtmöglichen Breite in den Bereichen der öffentlichen, sozialen und bürgerlichen Dienste zur Sättigung primärer Bedürfnisse des Volkes intervenieren würde. Wird dem noch mancher im Prinzip zustimmen können, so läßt doch aufhorchen, wenn er den liberal-bourgeois Staat schlechthin für ideologisch befangen und parteigebunden erklärt und Demokratie und Pluralismus nur dadurch verwirklicht sieht, daß der Staat alle öffentlichen und sozialen Dienste in eigener Regie übernehmen müsse, um sie dann „demokratisch“ zu verwalten. Erst so könne sich Pluralismus echt und demokratisch gestalten. Der KPI geht es offenbar hier nach wie vor um vom Staat verordnete und nicht um vom Staat garantierte Demokratie. In einer solchen Demokratie dürfte für eine plurale und private Trägerschaft von Einrichtungen in Schule und Wohlfahrtswesen auf die Dauer kein Platz sein.

Reaktionen von kirchlicher Seite

Daß diese Antwort Berlinguers ein beträchtliches Echo auslösen würde, war zu erwarten. Denn sie war einmal sehr offiziell, sie ist, wie katholische und politische Stellen vermuten, sicher nicht nur als persönliche Antwort Berlinguers, sondern als offizielle Erläuterung der KPI-Führung zu bewerten, und sie wies genügend Schwachstellen auf, um Entgegnungen auf den Plan zu rufen. Die politische Führung der Democrazia Cristiana, die von allem Werben der Kommunisten um die Katholiken als Partei politisch und „christlich“ betroffen ist, reagierte nur zurückhaltend. Der stellvertretende Nationalsekretär Galloni sprach von „einer interessanten, aber keineswegs neuen Linie“, es gäbe nur die Erklärung von Absichten, in den konkreten Elementen gehe man über Gramsci nicht hinaus.

Die Äußerungen aus dem kirchlichen Raum fielen deutlicher, schärfer, aber auch vielfältiger aus. Während Bettazzi in einer ersten Reaktion den von Berlinguer gespon-

nenen Faden aufgreifen wollte, sich von dem „sehr wichtigen Dokument“ freudig überrascht zeigte und die Kirchenführer indirekt aufforderte, als ganze dazu Stellung zu beziehen (vgl. *Il Giornale*, 13. 10. 1977), wartete der „*Osservatore Romano*“ mit einem Kommentar mehrere Tage und widmete dann in der Ausgabe vom 17./18. Oktober dem Vorgang einen nicht signierten zweiseitigen Kommentar auf der ersten Seite, in dem eine doppelte Absicht zu erkennen war: 1. die grundsätzliche Unvereinbarkeit zwischen Marxismus und Christentum zu bekunden, 2. Skepsis über die weitere Entwicklung der KPI zu äußern, aber diese nicht ohne jede Hoffnung zu begleiten. In der Substanz besagte der Artikel: für sich ist die Beteuerung Berlinguers, die KPI sei keine atheistische Partei, nicht hoch einzuschätzen. Schließlich habe schon Lenin vor der Oktoberrevolution erklärt, nicht den Atheismus proklamieren zu wollen. Andererseits freue man sich über jedes wirkliche Zeichen guten Willens. Weit schärfer als dieser Kommentar hat sich auch das Präsidium der Bischofskonferenz auf den Hinweis auf die grundsätzliche Unvereinbarkeit zwischen Christentum und Marxismus unter Beibringung diverser Zitate aus früheren kirchlichen Dokumenten beschränkt. Offenbar neigt man gegenwärtig im italienischen Episkopat nicht dazu, die Antwort Berlinguers durch ausführliche kirchliche Stellungnahmen zusätzlich aufzuwerten.

Aber schon Tage bevor sich der „*Osservatore Romano*“ bzw. das Präsidium der Bischofskonferenz zu Wort meldete, hatten weit schärfer bereits zwei Kardinäle reagiert, als erster Kardinal *Albino Luciani*, als zweiter der neue Erzbischof von Florenz, *Giovanni Benelli*. Kardinal Luciani äußerte vorweg den Verdacht, die KPI suche mit der Antwort auf den Brief des Bischofs von Ivrea den Episkopat zu spalten. Er führte dazu einen politischen Bischof als Zeugen an: man werde den Episkopat in progressiv und vorkonziliar teilen und, sobald sich einer oder eine Gruppe vom Gesamtepiskopat einen Schritt wegbewege, die Falle zuschnappen lassen. Er sprach den Ausführungen auch grundsätzlich die Glaubwürdigkeit ab. Der aus der eher ländlichen Diözese Belluno stammende Patriarch von Venedig griff zu einem drastischen agrarischen Vergleich. Unter dem Faschismus habe man sich den Unterschied zwischen den Sowjetkommunisten und den Faschisten so erklärt: von fünf Kühen würden sich erstere vier holen und eine zurücklassen, letztere würden alle lassen, aber dann kommen, um alle zu melken. Er fürchte, man könne heute sagen, die Sowjetkommunisten raubten fast alle Freiheiten, die italienischen lassen dem Worte nach alle bestehen, aber die Fakten seien leider ganz anders.

Nicht minder scharf reagierte, ohne Berlinguer überhaupt beim Namen zu nennen, Kardinal Benelli, der sich schon jetzt immer deutlicher als Zentralfigur des italienischen Episkopats zu profilieren scheint. Er äußerte sich auf dem Kongreß der italienischen Kindergärtenvereinigung in Rom (vgl. *Osservatore Romano*, 20. 10. 1977). Er sprach unumwunden von zwangsatheistischer und totalitärer Staatsauffassung der Kommunisten. Zwischen Christentum und Marxismus könne es keine Übereinkunft geben.

Wer dies anders sehe, habe keine genügende Kenntnis vom Christentum oder wisse zu wenig von den marxistischen Theorien und Systemen oder verstehe von beiden zu wenig. Dieselbe Feststellung wiederholte er Tage später noch einmal in einem Interview mit der Madrider Zeitung „*El Pais*“.

Widerspruch zwischen Ideologie und Pluralismus

Die kirchliche Kritik richtete sich vor allem auf zwei schwache Punkte der Antwort Berlinguers. Dieser hatte nur den Artikel des Statuts zitiert, der die Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei unabhängig von Rasse, Weltanschauung und Religionszugehörigkeit vorsieht, aber es wohlweislich unterlassen, auf den Artikel 5 des gleichen Statuts einzugehen, der für die Partei die marxistisch-leninistische „Lehre“ als verpflichtend vorschreibt bzw. als verpflichtend voraussetzt. Daß sich Berlinguer nur damit begnügte, zu erklären, daß auch marxistische Theorie durch Praxis sich wandle, zeigt, wie sehr er dieses schwierige Kapitel umgehen wollte. Erst wenige Wochen vorher hatte der in den Kontakten mit den Katholiken profilierte Parteiideologe *Lucio Lobarado Radice* die Meinung geäußert, die Verpflichtung auf den Marxismus-Leninismus sei heute ohne Bedeutung und werde wohl auf dem nächsten Parteitag gestrichen werden. Er war von der Parteispitze rasch zurückgepfiffen worden. Offenbar erfolgte die ausweichende Darstellung nicht aus rein in bezug auf die Kirche begründeter Taktik, sondern aus Rücksicht auf die eigene leninistisch-stalinistische Parteibasis. Daß dort die Ideologie in Verbindung mit einer großen Unwissenheit über den Sowjetkommunismus nach wie vor ausgeprägt ist, zeigte nicht zuletzt eine Umfrage des Meinungsinstituts *Doxa* von Ende Oktober (*Il Giornale*, 30. 10. 1977) bei den aktiven Parteimitgliedern, nach der 53 Prozent erklärten, in der Sowjetunion herrsche religiöse Freiheit, und immerhin noch 28 Prozent der eingeschriebenen Mitglieder bereit waren, öffentlich zu erklären, daß Stalin am meisten Gutes für das sowjetische Volk getan habe. Mit dem Widerspruch zwischen Artikel 2 und 5 des Statuts liegt die gesamte Argumentation Berlinguers schon rein theoretisch, von der faktischen Entwicklung oder Konstanz der Partei abgesehen, auf einer brüchigen Grundlage.

Fast alle katholischen Kommentare, ob mild oder entschieden abweisend, haben das Verhältnis zwischen Christen und Marxisten bzw. Kommunisten in Italien auf diesen Widerspruch festzunageln versucht. Nicht minder heftig war der Widerspruch im zweiten Punkt, der das Verständnis des demokratischen Pluralismus, und zwar in seiner Zuspitzung auf den konkreten Fall der Präsenz kirchlicher Einrichtungen im Wohlfahrts- und Schulwesen, betrifft. Auch hier widersprach Kardinal Benelli am entschiedensten, und zwar in direkter Beziehung auf das von Berlinguer wiedergegebene Staats- und Gesellschaftsverständnis. Man solle uns nicht sagen, um uns zu beruhigen

gen, so Benelli, die Grundsätze, an denen sich das gegenwärtige Verständnis des Staates ausrichte, seien liberal-bourgeois oder freimaurerisch orientiert. „Wir wissen nicht, ob sie freimaurerisch sind, was wir aber mit Sicherheit wissen, ist, daß sie katholisch sind und daß sie mit den marxistischen Grundsätzen nicht übereinstimmen und niemals übereinstimmen können.“ In diesem Punkte aber ging die Kritik sehr wesentlich über die Antwort Berlinguers hinaus.

Es zeigt sich, daß bei der Übertragung wesentlicher Verwaltungs- und verschiedener Gesetzgebungskompetenzen vom Staat auf die Regionen nicht allein dort Konflikte entstehen, wo kommunistische Regionalregierungen oder Stadtverwaltungen die kirchliche Wohlfahrtspflege möglichst einschränken und den katholisch-privaten Schulen die bisher gewährten Subventionen entziehen wollen. Benelli griff prinzipiell mit anderen katholischen Vertretern das Gesetz Nr. 382 vom Juni 1975, das die Übertragung der Kompetenzen auf die Regionen regelt, bzw. die im

Juni dieses Jahres verabschiedeten Durchführungsbestimmungen als etatistischen, den gesellschaftlichen Pluralismus unterdrückenden Gesetzesrahmen an. Insofern ist dieser Teil der Kritik indirekt auch eine Kritik an der Regierung Andreotti. Hier scheinen sich Ansprüche auf einen echten Pluralismus der Trägerschaft mit Schwierigkeiten der Anpassung katholischer Institutionen an den sog. flächendeckenden Bedarf, den der Staat zu beachten hat, ebenso zu überschneiden wie zentralistische und regionalistische Gesichtspunkte. Als harter Kern bleibt aber auch hier die Frage, wieweit die Kommunisten dort, wo sie an der Macht sind, einen echten Pluralismus der Trägerschaft zulassen oder diesen abbauen und durch ein Modell von lokaler und regionaler Demokratie ersetzen, in der zwar alle gesellschaftlichen Kräfte beteiligt sein sollen, in der aber die kommunistische Partei durch Stärkung ihrer kulturellen Präsenz nach Gramscis Manier die Hegemonie der arbeitenden Klasse bzw. der kommunistischen Partei anstrebt.

Andrea Dallago

Interview

Kirche in säkularisierter Umwelt

Ein Gespräch mit Prof. Karl Rahner

Nach wie vor fällt es der Kirche schwer, theoretisch und praktisch ihre Rolle in einer pluralistischen säkularisierten Gesellschaft zu definieren. Sie befindet sich gleichzeitig in zwei Gefahren: angesichts ermutigender Erscheinungen und Tendenzen sich über ihre faktische Diasporasituation hinwegzutäuschen oder angesichts wachsender Fremdheit der Gesellschaft sich in ein wohlausstaffiertes Getto zurückzuziehen. Über einige in dieser Lage gegebene theologische und pastorale Grundprobleme sowie über angemessene und unangemessene Reaktionsweisen der Kirche sprachen wir in aktueller Perspektive mit Prof. Karl Rahner. Die Fragen stellten Hans Georg Koch und David A. Seeber.

HK: Herr Professor Rahner, man kann den Eindruck haben, die Kirche befinde sich bei uns gegenüber einer Gesellschaft, die sich immer deutlicher von ihr zu entfernen scheint, in einer tiefen Ratlosigkeit, und dies trotz eines neu erwachten – vielleicht trügerischen – kirchlichen Selbstbewußtseins, das aus Zeichen einer religiösen Wiederbelebung und aus immer manifester werdenden gesellschaftlichen Aporien einen Aufschwung für die Kirche erwartet. Worin sehen Sie die Ursache für diese Bewußtseinslage?

Rahner: Das Verhältnis der Kirche zu der sie umgebenden Kultur und Gesellschaft war in der Geschichte meistens viel problematischer, als wir im Rückblick meinen, aber es war in der Regel klarer konturiert als heute. Es gab Zeiten, in denen die Kirche so eine Art Bannerträger der gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung war, und es gab Zeiten, in denen sich die Kirche entschieden und geschlossen dieser Entwicklung entgegenstellte, wobei aber diese Entwicklung selbst klare Konturen hatte. Wenn die Kirche heute ratlos scheint, dann liegt das auch daran, daß die Gesellschaft ratlos ist. Beides gehört zusammen, und ich frage mich manchmal, ob das denn, vom Glauben her gesehen, so furchtbar schlimm ist. Warum sollten gerade wir Christen und die Kirche in einer Zeit der Ratlosigkeit überall Bescheid wissen, statt mit unseren Zeitgenossen diese Ratlosigkeit auszuhalten? Und ich glaube, wir müssen uns vielleicht darauf einstellen, daß die weitere Geschichte grauer und verschwommener aussehen und weniger Raum haben wird für große und klare geistige Profile.

HK: Wenn das tatsächlich so sein sollte, müßte dann die Kirche nicht entweder imstande sein, Farbe in dieses eintönige Gemälde zu bringen, oder aber an ihrer weiteren Zukunft irre werden?